

# N i e d e r s c h r i f t

## S c h B A / V I I I / 2

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 10.03.2010 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

### **Anwesend waren:**

#### Der Ausschussvorsitzende

Steindorf, Ralf

#### Die Ausschussmitglieder

Deitert, Manuel  
Fleige-Völker, Josefa  
Kreutzfeldt, Klaus-Peter  
Lembeck, Guido  
Mensing, Hartwig  
Schaten, Carina  
Weber, Winfried  
Wilde, Andreas

#### Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Remke, Carsten	Pfarrer
Enting, Hans-Jürgen	Rektor
Kahlert, Alexander	Rektor
Müller, Josef-Karl	Rektor

#### Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Homerig, Antonius	Fachbereichsleiter
Fuchs, Maria	Produktverantwortliche
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriftführerin

#### Als Gäste

Dülker, Johanna	Jugendamt - Kreis Coesfeld	bis TOP 6 ö.S.
Klix, Heribert	Zentralrendantur Coesfeld	bis TOP 6 ö.S.
Homann, Ewald	DRK Ortsverein Osterwick/Darfeld	bis TOP 5 ö.S.
Koepfen, Carlo	Architekturbüro Steinberg und Koepfen	bis TOP 5 ö.S.
Frau Menzel	Lehrerin der Sebastian-Grundschule	

**Es fehlten entschuldigt:**

Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Banse, Otto	Pfarrer
Hambrügge, Hubert	Pfarrer
Ring, Thomas	Pfarrer
Sander, Lothar	Pfarrer

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

## Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Steindorf, eröffnete die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, als Gäste Herrn Klix von der Zentralrendantur Coesfeld, Frau Dülker vom Kreisjugendamt, Herrn Koeppen vom Architekturbüro Steinberg und Koeppen, Herrn Homann vom Vorstand des DRK-Ortsvereins Osterwick/Darfeld, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung.

Anschließend stellte er die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin Vorlage: VIII/100**

Ausschussvorsitzender Steindorf stellte Frau Wisner-Herrmann als neue Mitarbeiterin der Gemeinde Rosendahl vor, die jetzt als Schriftführerin für möglichst alle Rats- und Ausschusssitzungen tätig werden sollte. Er schlug vor, Frau Wisner-Herrmann zur Schriftführerin des Schul- und Bildungsausschusses und Frau Fuchs als Stellvertreterin zu bestellen.

Der Ausschuss fasste hierzu folgenden **Beschluss**:

Frau Wisner-Herrmann wird bis zum Ende der Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin und Frau Fuchs zur stellvertretenden Schriftführerin des Schul- und Bildungsausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **2 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

### **3 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

Es gab keine Anfragen der Ausschussmitglieder.

### **4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Ausschusssitzung vom 3. Dezember 2009. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**5 Antrag des DRK-Ortsvereines Osterwick/Darfeld e.V. auf Gewährung eines Zuschusses für den An- und Umbau des DRK-Familienzentrums "Fidus" im Ortsteil Osterwick zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren  
Vorlage: VIII/105**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/105 und begrüßte nochmals die hierzu erschienenen Gäste Frau Dülker, Herrn Homann und Herrn Koeppen.

Herr Koeppen stellte sodann anhand einer Präsentation den geplanten Um- und Erweiterungsbau des DRK Familienzentrums Fidus vor. Er erläuterte, dass man sich beim Anbau für ein Flachdach entschieden habe.

Ausschussmitglied Kreuzfeld wollte wissen, was unter einem Flachdach verstanden würde.

Herr Koeppen erklärte, dass ein Flachdach nach heutigem Standard immer eine Neigung von 2 % habe.

Ausschussmitglied Kreuzfeld fragte weiter, wie die Pläne für die Entwässerung seien.

Herr Koeppen teilte mit, dass die Entwässerungsvorrichtungen am Außenrand des neuen Gebäudes vorgesehen seien.

Ausschussmitglied Lembeck erkundigte sich, ob der geplante Kostenzuschuss der Gemeinde in Höhe von 32.000 € endgültig sei oder ob möglicherweise weitere Kosten für Möbel und Einrichtung dazukommen könnten.

Herr Homann vom Vorstand des DRK-Ortsvereines Osterwick-Darfeld e.V. erläuterte, dass die Gesamtkosten mit 320.000 € veranschlagt seien. 90 % dieser Summe, also 288.000 € solle über die Förderung mit Landesmitteln finanziert werden. Die fehlenden 10%, also 32.000 € müssten über den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also in diesem Fall die Gemeinde Rosendahl, finanziert werden. Beträge, die über die 320.000 € hinausgingen, sollten über Elterninitiative und Eigenleistung finanziert werden.

Ausschussmitglied Kreuzfeld schlug vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass es sich um einen Baukostenzuschuss für den An- und Umbau ein-schließlich der Einrichtung handele.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass ihm aus buchungstechnischen Gründen daran gelegen sei, den Zuschuss als Baukostenzuschuss auszuweisen.

Frau Dülker vom Kreisjugendamt wies darauf hin, dass die Landesmittel von 90% sich auf die Bau- und Einrichtungskosten bezögen. Dies gelte somit auch für den 10 %-igen Trägeranteil.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel im Produkt 06.001 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung – und der Genehmigung des Haushaltes 2010 wird dem DRK-Ortsverein Osterwick/Darfeld e.V. aufgrund des Antrages vom 23.02.2010 ein Baukostenzuschuss zum An- und Umbau des DRK-

Familienzentrums "Fidus" im Ortsteil Osterwick zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Höhe der nachgewiesenen Kosten bis maximal 32.000 € gewährt. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst im Haushaltsjahr 2011 nach der Genehmigung des Haushaltes. Im Haushalt 2010 wird zur Absicherung einer entsprechenden Zusicherung eine Verpflichtungsermächtigung in der Zuschusshöhe veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Verlängerung der Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl**  
**Vorlage: VIII/104**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/104 und bat um Wortmeldungen zum Thema.

Herr Klix von der Zentralrendantur Coesfeld betonte, dass von der Seite der Kirchengemeinden, die Vertragsverlängerung von Jahr zu Jahr begrüßt würde und dass man hoffe, eine Verlängerung bis zum Jahr 2013 erreichen zu können.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass man seitens der WIR den Vorschlag mache, auf eine vertragsmäßige Verlängerung komplett zu verzichten, die Mittel aber im Haushalt bereit zu stellen und den Kindergärten auch zur Verfügung zu stellen.

Kämmerer Isfort plädierte für die Verlängerung des Vertrages, damit die Gemeinde sich nicht in eine rechtlich unsichere Situation begeben.

Ausschussvorsitzender Steindorf schlug vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass man den Vertrag für ein Jahr verlängere ohne die Option einer automatischen Vertragsverlängerung, wenn nicht ein halbes Jahr vorher gekündigt werde.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob Kindergartenplätze wegfielen, wenn von der Seite der Gemeinde kein Zuschuss mehr gewährt werde.

Frau Dülker vom Kreisjugendamt erläuterte, dass die Kindergartenversorgung Pflichtaufgabe des Kreises Coesfeld sei. Allerdings sei es vor einigen Jahren zu einem Konsens der Städte und Gemeinden des Kreisjugendamtsbezirks gekommen, die Obliegenheiten selber zu regeln. Damit habe auch die Gemeinde Rosendahl diese Verpflichtung vom Kreis übernommen.

Auf die Frage vom Fraktionsvorsitzenden Weber, wieso die Gemeinde diese Entscheidung getroffen habe, antwortete Bürgermeister Niehues, dass vor 5 Jahren völlig andere Voraussetzungen vorgelegen hätten. Seinerzeit waren alle Bürgermeister sich einig, dass jede Gemeinde selbst bestimmen sollte, in welchem Umfang Kindergartenplätze insbesondere für die U3-Betreuung bereitgestellt werden sollten. Inzwischen würden viel mehr U3-Betreuungsplätze nachgefragt und man habe ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen müssen. Daher stelle sich nun doch die Frage, ob man die Verantwortung wieder an den Kreis Coesfeld abgeben wolle. Er werde dieses Problem bei der Bürgermeisterkonferenz Mitte des Jahres mit den anderen Bürgermeistern besprechen. Ihm sei klar, dass es jetzt unfair sei, aus der Verpflichtung auszusteigen. Deshalb plädiere er für die Vertragsverlängerung um

mindestens 1 Jahr, um nachfolgend evtl. eine neue Regelung zu beschließen. Wenn ein Konsens mit den anderen Bürgermeistern nicht möglich sei, könne der Ausschuss neu entscheiden. Bei einem Ausstieg der Gemeinde Rosendahl müsse man aber mit einer erhöhten Jugendamtsumlage rechnen.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob mit dieser erhöhten Umlage nur die Gemeinde Rosendahl belastet würde, wenn der Kreis für sie einspringen müsse.

Frau Dülker erklärte, dass sie diese Frage an die Finanzabteilung des Kreises weiterleiten müsse. Allerdings gebe es ihres Wissens keine Einzelrechnungen. Eine genaue Überprüfung sagte sie zu. Mit dem Ausstieg einer einzelnen Gemeinde sei aber auch der kommunale Frieden in Frage gestellt.

Fraktionsvorsitzender Mensing erkundigte sich, ob durch die Rückführung des Einzuges und der Bearbeitung der Elternbeiträge an den Kreis Coesfeld Einsparungen möglich seien.

Frau Dülker betonte, dass gerade durch die Erhebung der Elternbeiträge vor Ort eine Bürgernähe erreicht worden sei, die anders nicht möglich sei. Bei einer Bearbeitung durch den Kreis würden erhöhte Personalkosten entstehen, die wiederum eine erhöhte Jugendamtsumlage zur Folge hätten.

Fraktionsvorsitzender Mensing antwortete, dass er mit einem Synergieeffekt durch die Kumulation gerechnet hätte.

Frau Dülker wies nochmals darauf hin, dass durch die jetzige Regelung eine sehr hohe Elternbeitragsrealisierung erreicht werden konnte und man keine Synergie erwarte, wenn man die Bearbeitung zentralisiere.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden geänderten **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2010 und der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Coesfeld wird dem Abschluss der dieser Sitzungsvorlage als **Anlage I** beigefügten Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten (hier: Verlängerung Laufzeit) insoweit zugestimmt, dass eine Verlängerung bis zum 31.07.2011 (Ende des Kindergartenjahres 2010/11) erfolgt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Kämmerer Isfort informierte nach der Abstimmung darüber, dass der Kreis Coesfeld die Jugendamtsumlage im Vergleich zum Vorjahr um 15,7 % angehoben habe, da eine Unterdeckung von 1,9 Mio. € für das Jahr 2008 vorliege. Damit sei die geplante Einsparung bei der allgemeinen Umlage für 2010 hinfällig geworden. Die Haushaltskonsolidierung insgesamt werde damit aber nicht beeinflusst.

Frau Dülker vom Kreisjugendamt erläuterte, dass das schlechte Ergebnis für 2008 zum einen aus der Einführung des NKF in 2007 und zum anderen aus erheblichen Kostensteigerungen resultiere. Im Jahr 2007 sei es bei den erzieherischen Hilfen, insbesondere der Heimunterbringung von Kindern, zu einer Fallzahlsteigerung von

34 % gekommen, im Jahr 2008 zu einer weiteren Steigerung von 26 %. Daraus habe eine Personalaufstockung im Jahr 2009 resultiert. Inzwischen würden jährlich 12 Mio. € für erzieherische Hilfen benötigt.

Frau Dülker händigte eine Mitteilungsvorlage mit Erläuterungen zum Jahresergebnis 2008 aus, die dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt ist.

Herr Klix von der Zentralrendantur bat Frau Dülker vor Verlassen der Sitzung noch darum, für eine zügige Bearbeitung der Bauanträge der Kirchengemeinden zu sorgen. Drei Bauanträge lägen vor und man hoffe, Mitte April mit den Baumaßnahmen beginnen zu können.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte Herrn Klix, wie sich durch die neue Zuschussregelung nach dem KiBiz die Kostenbelastung für die Kirchengemeinden verändert habe.

Herr Klix sagte zu, dem Ausschuss nach Vorlage des Verwendungsnachweises bis zum 30.06.2010 genauere Informationen zukommen zu lassen.

**7 Erhebung von Elternbeiträgen ab dem Schuljahr 2010/2011 für die Offenen Ganztagschulen an den Rosendahler Grundschulen  
Vorlage: VIII/102**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/102 und bat um Wortmeldungen zum Thema.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte für die WIR den Antrag, eine weiter differenzierte Staffelung bei den Elternbeiträgen zu beschließen, da man diese für deutlich gerechter halte, als die vorgeschlagene. Folgende Staffelung wurde vorgeschlagen:

<b>Einkommensgrenze</b>	<b>Beitrag je Kind</b>
bis 20.000 € / jährlich	0,00 € / mtl.
bis 25.000 € / jährlich	10,00 € / mtl.
bis 30.000 € / jährlich	20,00 € / mtl.
bis 35.000 € / jährlich	30,00 € / mtl.
bis 40.000 € / jährlich	50,00 € / mtl.
bis 45.000 € / jährlich	70,00 € / mtl.
über 45.000 € / jährlich	90,00 € / mtl.
Geschwisterkinder sind beitragsfrei.	

Er wisse aber nicht, wie sich eine solche Staffelung auf das Beitragsaufkommen auswirken würde.

Ausschussmitglied Deitert teilte mit, dass seine Fraktion mit der alten Staffelung einverstanden sei, aber eine Regelung für Geschwisterkinder unter Einbeziehung der Kindergärten wünsche.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass man anhand angenommener Teilnehmerzahlen eine Berechnung mit der vorgeschlagenen Beitragsstaffelung gemacht habe. Dabei sei man zu annähernd gleichem Beitragsaufkommen gekommen, wie mit der ursprünglich vorgeschlagenen Staffelung. Er könne daher den Vorschlag der WIR-Fraktion mittragen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass die SPD-Fraktion dafür plädiere, für das 2. Kind keine Beitragsbefreiung zu gewähren, sondern den halben Beitrag zu erheben.

*Um 19:55 Uhr unterbrach Ausschussvorsitzender Steindorf die Sitzung, um den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit zur Beratung zu geben.*

*Die Sitzung wurde um 20:00 Uhr fortgesetzt.*

Ausschussmitglied Deitert stellte den Antrag, die Einkommensstaffelung für die Kindergärten anzuwenden.

Rektor Müller von der Nikolaus Grundschule in Holtwick äußerte seine Befürchtungen, dass bei einer Neuregelung der Beitragssätze Abmeldungen oder keine neuen Anmeldungen erfolgen könnten. Er wollte wissen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Anmeldezahlen die OGS weiter bestehen könne.

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die katastrophale finanzielle Lage. Er verstehe die Bedenken, aber er halte die jetzigen moderaten Beitragssätze für tragbar. Die bisherige kostenfreie Regelung sei als Anschub für die Entwicklung der OGS gedacht gewesen, jetzt bestehe aber finanziell dazu keine Möglichkeit mehr.

Rektor Müller erkundigte sich, ob die OGS auch bestehen bleiben könne, wenn weniger Kinder angemeldet würden.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er davon ausgehe, dass bei einer Mindestteilnehmerzahl von 10 Kindern die OGS bestehen bleiben könne.

Kämmerer Isfort verwies hier auf das Haushaltssicherungskonzept, das eine klare rechtliche Vorgabe mache. Spezielle Entgelte seien vorrangig einzusetzen und man müsse sich an diesen Grundsatz halten.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt betonte, dass Rosendahl die einzige Kommune sei, die bisher keine Elternbeiträge erhoben habe. Dies sei als Anschubfinanzierung gedacht gewesen, aber jetzt müsse man zur Normalität zurückkehren und ein Gesamtkonzept erstellen. Die Gemeinde habe kein Geld zu verschenken. Außerdem gehe er davon aus, dass die Leistung der OGS anders bewertet würde, wenn man dafür bezahlen müsse.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass zu dem Beitrag auch noch der Essensbeitrag geleistet werden müsse. Durch die von der WIR-Fraktion vorgeschlagene Staffelung habe man eine größere Gerechtigkeit erreichen wollen. Die Staffelung bei den Kindergartenbeiträgen gehe aber zu weit.

Bürgermeister Niehues unterstützte diese Forderung.

Ausschussmitglied Deitert zog daraufhin den gestellten Antrag zurück.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Elternbeiträge für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule an den Rosendahler Grundschulen werden ab dem Schuljahr 2010/2011 wie folgt festgesetzt:

<b>Einkommensgrenze</b>	<b>Beitrag je Kind</b>
bis 20.000 € / jährlich	0,00 € / mtl.
bis 25.000 € / jährlich	10,00 € / mtl.
bis 30.000 € / jährlich	20,00 € / mtl.
bis 35.000 € / jährlich	30,00 € / mtl.
bis 40.000 € / jährlich	50,00 € / mtl.
bis 45.000 € / jährlich	70,00 € / mtl.
über 45.000 € / jährlich	90,00 € / mtl.



Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend stellte Ausschussmitglied Deitert den Antrag, Geschwisterkinder unter Einbeziehung der Kindergartenkinder beitragsfrei zu stellen.

Bürgermeister Niehues erläuterte dies dahingehend, dass z.B. bei einem Jahreseinkommen bis 25.000 € in der OGS ein Beitrag von 10,00 € gezahlt werden müsse. Für ein Kindergartenkind ab 2 Jahren werde in dieser Einstufung in der Regelgruppe (35 Stunden) ein Beitrag von 29,44 € verlangt. Bei der geplanten Regelung sei dann der höhere Beitrag, in diesem Fall der Kindergartenbeitrag zu zahlen.

Ausschussmitglied Kreuzfeld berief sich auf seinen Antrag, der die Zahlung eines halben Beitrages für Geschwisterkinder vorsehe.

Nach weiterer Diskussion formulierte Bürgermeister Niehues folgenden **Beschlussvorschlag:**

Geschwisterkinder sind beitragsfrei, wobei Geschwisterkinder, für die Elternbeiträge nach dem KiBiz zu zahlen sind, als beitragspflichtig zu berücksichtigen sind.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ hierüber als weitergehenden Antrag von Ausschussmitglied Deitert **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen  
1 Nein Stimme  
1 Enthaltung

Damit war dieser Antrag **angenommen.**

**8 Haushaltsplan für das Jahr 2010;  
hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses  
Vorlage: VIII/103**

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/103 und bat um Wortmeldungen zum Thema.

**Produkt 12 – Grundschule**

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte für die WIR-Fraktion den Antrag, den Ansatz für die Position 15-531800 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (S. 124) um 6.000 € zu verringern. Dies seien die Kosten für die EDV-Kraft an den Schulen. Man sei in der WIR-Fraktion der Ansicht, dass diese Kraft nicht nötig sei.

Rektor Kahlert betonte, dass die Antonius-Grundschule in Darfeld diese Kraft tatsächlich nicht brauche, aber nur, weil er selbst diese Tätigkeiten hobbymäßig ausführe. Im Normalfall sei eine Einsparung in diesem Bereich nicht machbar.

Rektor Müller bestätigte diese Darstellung. Er schilderte ausführlich, wie oft der Einsatz der EDV-Kraft benötigt werde. Herr Möllers sei jederzeit verfügbar für Fragen und Reparaturen, auch am Wochenende. Ein vernünftig funktionierendes EDV-

System sei auch als Aushängeschild für die Grundschule zu verstehen. Er halte diese Position für unbedingt notwendig.

Weiterhin kritisierte Rektor Müller, dass den Schulleitern kein HH-Plan vorgelegen habe. Er höre an diesem Abend zum ersten Mal von den Plänen und könne als beratendes Mitglied nur noch zusehen, wie der Ausschuss beschließen werde.

Ausschussvorsitzender Steindorf erklärte, dass es aber Aufgabe der Politiker sei, Sparvorschläge zu unterbreiten.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Haushaltsansätze im Vorfeld besprochen worden seien. Er selbst halte den Einsatz der EDV-Kraft auch für sehr wichtig. Inzwischen handele es sich in den Schulen ja nicht mehr um einzelne Computer sondern um ganze Netzwerke. Es habe am Anfang sehr oft EDV-Probleme gegeben, die die Mitarbeiter der Verwaltung lösen mussten. Aus Zeitgründen sei das aber nicht weiter machbar gewesen und man habe eine andere Lösung gefunden.

Produktverantwortliche Fuchs wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Frage der Zuständigkeit für die Pflege, Wartung und Behebung von Störfällen von Schul-PCs Gegenstand von Gesprächen zwischen dem Schulministerium und den kommunalen Spitzenverbänden in NRW gewesen sei. Diese hätten sich auf eine „Vereinbarung über die Arbeitsteilung bei der Wartung und Verwaltung von Computearbeitsplätzen, Multimediaeinrichtungen und Netzwerken in Schulen“ geeinigt, welche die kommunalen Spitzenverbände ihren Mitgliedern empfehlen würden. Diese Regelung lege fest, wer wann und wie für die Funktionstüchtigkeit der schulischen PCs verantwortlich sei. Der First-Level-Support liege in der Zuständigkeit des Landes, der Second-Level-Support dagegen in der Zuständigkeit der Kommunen. Den Kommunen oblägen dabei beim Second-Level-Support folgende Aufgaben: Netzwerkgestaltung, Ressourcenverwaltung, Entwurf und Überwachung eines Sicherheitskonzeptes sowie Webmanagement. Da diese Aufgaben durch Bedienstete der Gemeindeverwaltung zeitlich nicht übernommen werden könnten, sei die Trägerschaft für die EDV-Betreuung an den Rosendahler Schulen der Kolpingsfamilie Osterwick übertragen worden.

Nach diesen Ausführungen teilte Ausschussvorsitzender Steindorf mit, dass man die Sparvorschläge, die die Verwaltung schon eingebracht habe, nicht noch toppen müsse.

Fraktionsvorsitzender Weber kritisierte die Darstellung des Haushaltsplans. Das Porto werde einzeln aufgelistet, die Kosten für die EDV-Kraft seien so nicht ersichtlich.

Kämmerer Isfort hielt dagegen, dass der Haushalt schon in über 800 Sachkonten aufgegliedert sei, obwohl das nicht verpflichtend sei. Die Politik solle eine globale Steuerung betreiben und eine Gesamtübersicht haben. Er halte es nicht für notwendig, dass alle Einzelpositionen aufgelistet würden.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass man der Verwaltung unterstelle, ohnehin bei allen Haushaltsansätzen ein Reservepolster eingebaut zu haben. Für eine konkrete Mitarbeit und zur Unterbreitung von Sparvorschlägen sei eine tiefere Einsicht erforderlich.

Ausschussmitglied Deitert erklärte, dass er den Haushaltsplan für eine gute Informationsgrundlage halte.

Kämmerer Isfort zeigte Verständnis für den Wunsch nach genaueren Informationen und wies auf die Erläuterungen zu den einzelnen Sachkonten hin. Seiner Ansicht nach müssten diese Informationen ausreichend sein.

Fraktionsvorsitzender Mensing legte dar, dass der Haushaltsplan für Ratsmitglieder, die schon seit mehreren Jahren dabei seien, sicher informativ sei, dass es aber für neue Mitglieder wie die FDP sicher schwieriger sei, damit zu arbeiten.

Er schlug noch einmal vor, die Kosten für die EDV-Kraft ab Mitte des Jahres zu streichen. Weiter schlug er vor, die Position 03001.783100 Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung (S. 127) um 2.000 € auf 10.000 € zu kürzen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt forderte eine grundsätzliche Kürzung des Gesamthaushaltes in 2010 um 5%.

Ausschussmitglied Lembeck konnte sich dem Vorschlag vom Fraktionsvorsitzenden Mensing über die Reduzierung des Ansatzes für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung anschließen. Die Kürzung bzw. Streichung der EDV-Kraft könne er nicht mittragen.

Zu diesem Zeitpunkt schlug Ausschussvorsitzender Steindorf vor, Frau Menzel, die für die Sebastian-Grundschule anwesend sei, das Rederecht zu erteilen und ließ hierüber **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

.

Frau Menzel legte dar, dass auch für die Sebastian-Grundschule der Einsatz der EDV-Kraft zwingend notwendig sei. Es seien ja nicht nur PCs der Kinder betroffen, sondern auch die PCs der Lehr- und Verwaltungskräfte. Dies solle man bei einer Entscheidung bedenken.

Kämmerer Isfort ließ an dieser Stelle eine Liste mit einer Übersicht über den rechtlichen Bindungsgrad von Haushaltsmitteln und deren betragsmäßiger Größe verteilen (**Anlage II**).

Er erläuterte ausführlich die dargestellten Zahlen und wies eindringlich darauf hin, dass der Haushalt der Gemeinde inzwischen weitgehend fremdbestimmt sei und diese Fremdbestimmung immer weiter zunehme. Er sei dankbar für realistische Streichungsvorschläge, aber er sehe hier absolut keine Luft mehr dafür. Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Kürzung des Haushalts pauschal um 5 % sei völlig unrealistisch.

Ausschussvorsitzender Steindorf bedankte sich für die Ausführungen von Kämmerer Isfort und ließ anschließend über den Vorschlag der WIR-Fraktion, ab 01. Juli 2010 die Kosten für die EDV-Kraft komplett zu streichen, **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 3 Ja Stimmen  
4 Nein Stimmen  
2 Enthaltungen

Damit war dieser Antrag **abgelehnt**.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ weiter über den Vorschlag **abstimmen**, die Position 03001.783100 Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung (S. 127) um 2.000 € zu kürzen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen

## 1 Enthaltung

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte den weiteren Antrag, die Position 03001.783100 EDV-Ausstattung (S.127) bereits im Jahr 2011 auf 4000 € zu kürzen.

Bürgermeister Niehues teilte dazu mit, dass der Ansatz hier schon verwaltungsseitig gekürzt worden sei und bat Produktverantwortliche Fuchs, dies zu erläutern.

Produktverantwortliche Fuchs erklärte, dass den Schulen nunmehr seit vier Jahren ein Betrag von jährlich 8.000 € für die EDV-Ausstattung zur Verfügung gestellt werde. Die Schulen hätten sich untereinander darauf verständigt, dass dieser Betrag jährlich einer Schule komplett zufließe. Die Antonius-Grundschule Darfeld habe diesen Betrag schon zweimal erhalten, die Sebastian-Grundschule Osterwick sowie die Nikolaus-Grundschule Holtwick erst einmal. Die Antonius-Grundschule verfüge daher zurzeit über die beste Ausstattung. Da die Preise für die EDV-Geräte in den vergangenen Jahren stark gesunken seien, hätten sich die Leiter der Sebastian-Grundschule sowie der Nikolaus-Grundschule damit einverstanden erklärt, dass der Betrag für die EDV-Ausstattung in 2010 und 2011 auf 6.000 € gesenkt werde. Da dann alle Schulen über eine gute Ausstattung im EDV-Bereich verfügen würden, könne der Betrag für die EDV-Ausstattung ab 2012 auf 4.000 € gesenkt werden.

Nach diesen Ausführungen zog Fraktionsvorsitzender Mensing den zuvor gestellten Antrag zurück.

## Produkt 13 – Verbundschule

Ausschussmitglied Lembeck schlug vor, den Ansatz für die Position 11313020 Einrichtung Werkhalle (S.134) in 2013 komplett zu streichen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erkundigte sich, warum die Kosten für die Ausstattung eines Lehrerarbeitsplatzes (Pos. 03002.783100, S.134) mit 2.000 € angesetzt seien.

Rektor Enting erläuterte, dass für das Kollegium schrittweise Arbeitsplätze eingerichtet würden. Die Kosten entstünden nicht nur durch den Kauf von Mobiliar, sondern auch durch die Anschaffung von Soft- und Hardware.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob der Haushalt der Verbundschule dem Haushalt der Gemeinde Rosendahl als Anlage angegliedert werden könne.

Kämmerer Isfort teilte mit, dass dies nach Zustimmung des Zweckverbandes möglich sei.

Ausschussvorsitzender Steindorf ließ über den Vorschlag von Ausschussmitglied Lembeck **abstimmen**, den Ansatz für die Einrichtung der Werkhalle in Höhe von 10.000 € komplett zu streichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

*Ausschussmitglied Schaten war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.*

## Produkt 14 - Förderschule

Zu diesem Produkt gab es keine Wortmeldungen und Beiträge.

### **Produkt 15 – Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte**

Zu diesem Produkt gab es keine Wortmeldungen und Beiträge.

### **Produkt 17 – Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger**

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erkundigte sich, wann der Vertrag mit der Musikschule gekündigt werden könne.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass die Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl ein Zweckverband sei. Eine Kündigung sei hier nicht möglich, sondern nur eine langsame Senkung der Umlage durch Stundenreduzierung.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte diese Ausführung dahingehend, dass ein Ausstieg nur mit Hilfe der Stadt Billerbeck möglich sei, dann aber das Personal anteilig übernommen werden müsse.

Ausschussvorsitzender Steindorf stellte fest, dass es hier keinen Abstimmungsbedarf gebe.

### **Produkt 18 – Volkshochschule und sonstige Weiterbildung**

Bürgermeister Niehues teilte auf die Frage von Ausschussmitglied Kreuzfeldt mit, dass man den Vertrag mit der VHS frühestens zu Ende 2011 kündigen könne, da 1 Jahr Kündigungsfrist einzuhalten sei.

Ausschussvorsitzender Steindorf verwies auf das HSK (S. 29) und ließ über die Reduzierung der Ansätze für das KBW und die VHS **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis:        7 Ja Stimmen  
   2 Nein Stimmen

### **Produkt 46 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Fraktionsvorsitzender Mensing wiederholte hier noch einmal die Bitte, von Herrn Klix über den finanziellen Aufwand der Kirchengemeinden informiert zu werden, ebenso interessiere ihn der Gemeindeanteil.

Bürgermeister Niehues sagte zu, den Gemeindeanteil über das Protokoll bekannt zu geben.

Antwort:                    Dem Protokoll ist als **Anlage III** eine Aufstellung der Betriebskostenzuschüsse der Gemeinde Rosendahl zu den Kosten der Überhangsgruppen/Zusatzplätze in den Katholischen Kindergärten Rosendahl beigefügt.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die im Entwurf des Haushaltes 2010 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

12	Grundschule
13	Verbundschule
14	Förderschule
15	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte
17	Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger
18	Volkshochschule und sonstige Weiterbildung
46	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernissen zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2010 empfohlen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	6 Ja Stimmen
	2 Nein Stimmen
	1 Enthaltung

## **9 Mitteilungen der Verwaltung**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Entscheidung des Ministeriums über die Teilnahme von Schulen am EU-Schulobstprogramm inzwischen vorliege. Insgesamt seien nur drei Schulen im Kreis Coesfeld berücksichtigt worden, davon eine in Senden und zwei in Dülmen. Der Antrag der Sebastian-Grundschule im Ortsteil Osterwick sei nicht berücksichtigt worden.

## **10 Mitteilungen der Schulleitungen**

Die Schulleitungen trugen keine Mitteilungen vor.

## **11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)**

### **11.1 Problem Fahrradparkplatz am Marienplatz im Ortsteil Osterwick - Frau Everding**

Frau Everding teilte mit, dass die Fahrräder hinter der Bushaltestelle Hauptstraße auf dem Marienplatz völlig ungeordnet und planlos abgestellt würden, so dass teil-

weise der Gehweg für Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer nicht zu nutzen sei.

Bürgermeister Niehues erklärte dazu, dass dieses Problem ein Dauerthema sei. Die Inhaberin der Imbissstube, Frau Hullermann, habe ihn bereits mehrfach angerufen und darauf hingewiesen. Eigentlich sollten die Fahrräder auf dem Innenhof des leer stehenden Reinersmann-Gebäudes abgestellt werden. Im Moment befinde sich dort aber eine größere Eisfläche. Er wolle daher momentan nicht darauf drängen, dass dieser Platz genutzt werde. Die Schülerinnen und Schüler seien oft so knapp in der Zeit, dass die Räder nicht ordnungsgemäß abgestellt würden. Er werde dafür sorgen, dass in der nächsten Zeit ein Mitarbeiter der Verwaltung an einigen Tagen die Schülerinnen und Schüler darauf aufmerksam mache, wie man die Räder korrekt abstelle und dass die Fahrradständer bei Reinersmann genutzt werden sollen. Allerdings sei es nicht machbar, dafür dauernd einen Mitarbeiter der Verwaltung abzustellen.

Frau Everding fragte, ob es nicht möglich sei, über ehrenamtliche Mitarbeiter eine Lösung zu finden.

Ausschussvorsitzender Steindorf hielt dies für nicht machbar. Er zeigte dies an einem Beispiel aus der Schule auf. Die Schulpflegschaft habe im Rahmen des Themas Schulwegsicherung verschiedene Punkte ausgemacht, die durch Schülerlotsen gesichert werden sollten. Obwohl die Eltern diesen Lotsendienst gerne in Anspruch nehmen würden, habe sich nicht ein einziger Elternteil bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Ralf Steindorf  
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann  
Schriftführer/in